



Kommunalpolitiker Pees: „Als gottgegeben angesehen, daß wir durch das Militär versorgt sind“

„Dann stehen wir hier auf Null“

Der geplante Truppenabbau der Nato hat in vielen Regionen der Bundesrepublik, die von Militärs abhängig sind, Angst vor Pleiten und Arbeitslosigkeit geweckt.

Landespolitiker, die eine Strukturkrise „wie in der Stahlbranche“ befürchten, fordern Milliardenhilfen vom Bund. Denn auf Abrüstung war niemand vorbereitet.

Dieter Happ, Bürgermeister des nordrhein-westfälischen Truppenstandorts Rösrath, blickt voller Optimismus in die Zukunft: „Wenn die belgischen Truppen hier abziehen, wäre das wie sechs Richtige im Lotto.“ Vieles kommunale Planungsprobleme könnten „dann endlich gelöst werden“, im bisherigen belgischen Gymnasium fände zum Beispiel die gesamte Stadtverwaltung Platz.

Auch der Mannheimer Baudezernent und Bürgermeister Lothar Quast freut sich auf einen möglichen Abzug von Soldaten aus der nordbadischen Industriestadt. Die rund 20 US-Militärstandorte im Mannheimer Raum mit 20 000 Soldaten seien ein „Pfahl im Fleisch der Stadtentwicklung“. Quast: „Wenn die hier gehen, haben wir Platz für den Bau dringend benötigter Wohnungen.“ Bundesweit, so haben die hessischen Grünen ausgerechnet, könnten in freigeprägten Armeegebäuden 250 000 zivile Wohneinheiten entstehen.

Nicht für alle Politiker allerdings ist der bevorstehende Abzug von Soldaten aus der Bundesrepublik eine frohe Botschaft. Jahrelang hatten sie eine Reduzierung der Truppen in Ost und West eingeklagt. Doch nun, da die Nato auf die Umwälzungen in Osteuropa mit einer drastischen Verringerung ihrer militärischen Präsenz in der Bundesrepublik reagieren will, stellt sich heraus: Überall

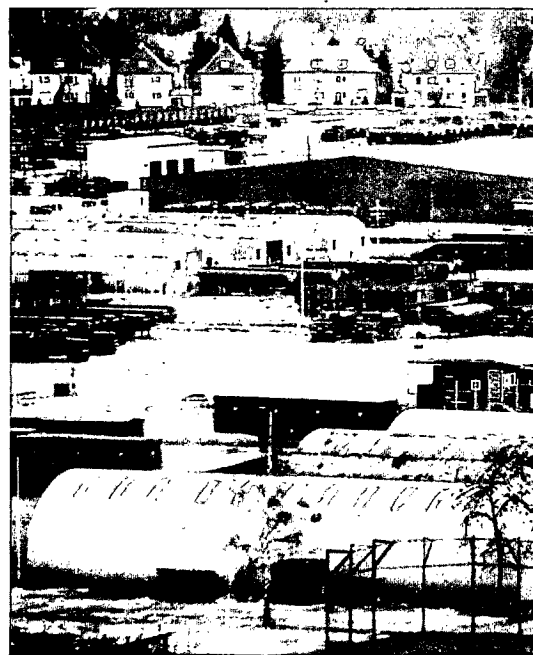
fehlen die Konzepte, wie der Strukturwandel bewältigt werden soll.

Alleingelassen sehen sich vor allem die Kommunalpolitiker in traditionellen Garnisonsstädten, oft kleinen Gemeinden, deren Wirtschaft seit Jahrzehnten auf die Militärs angewiesen ist. So befürchtet etwa Volkmar Pees, Verbandsbürgermeister im rheinland-pfälzischen Baumholder, „katastrophale Folgen“ für seine Gemeinde.

In dem Städtchen mit 4100 Einwohnern hängen 2500 Arbeitsplätze von der Präsenz der US-Streitkräfte, der Bundeswehr und der französischen Armee sowie der Bewirtschaftung des rund 14 000 Hektar großen Truppenübungsplatzes ab. „Wenn die totale Abrüstung kommt“, prophezeit Pees, „dann stehen wir hier auf Null.“

Eine „Strukturkrise wie in der Stahlbranche an der Saar oder bei den Werften in Norddeutschland“ befürchtet Werner von Blon, Oberbürgermeister im westpfälzischen Zweibrücken. Die 35 000 Einwohner zählende Garnisonsstadt ist die erste bundesdeutsche Kommune auf einer Liste von europäischen US-Stützpunkten, die von den Amerikanern geräumt werden sollen: Das 26. Taktische Aufklärungsgeschwader mit rund 3500 Soldaten wird bis Ende 1993 komplett abgezogen, etwa 340 deutsche Zivilbeschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz. Ersatz ist vorerst nicht in Sicht.

Ähnliche Probleme sehen Politiker, Gewerkschafter und Unternehmer in vielen Regionen voraus, die bisher von der militärischen Infrastruktur abhängig waren. Schon jetzt haben 16 Gemeinden, vom schleswig-holsteinischen Flensburg bis zum bayerischen Burglenfeld, die Bundesregierung dringend



Depot der US-Streitkräfte (in Mannheim):

gebeten, ihre Standorte beim Truppenabbau auszuklammern.

Von den Nato-Plänen sind voraussichtlich Orte in allen Bundesländern betroffen:

- ▷ Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg möchte die Bundeswehr von 495 000 Soldaten auf eine Soll-Stärke von zunächst 420 000 Mann schrumpfen;
- ▷ die Amerikaner wollen rund 50 000 Soldaten von ihren bundesdeutschen Stützpunkten abziehen;
- ▷ der Brüsseler Verteidigungsminister Guy Coeume denkt über den kompletten Abzug der 25 000 belgischen Soldaten aus der Bundesrepublik nach;
- ▷ die britische Premierministerin Margaret Thatcher überlegt, bis 1999 sämtliche Truppen, rund 70 000 Mann, aus der Bundesrepublik und West-Berlin abzuziehen;
- ▷ der niederländische Verteidigungsminister Relus ter Beek will bis 1992 mindestens 750 Soldaten nach Hause holen.

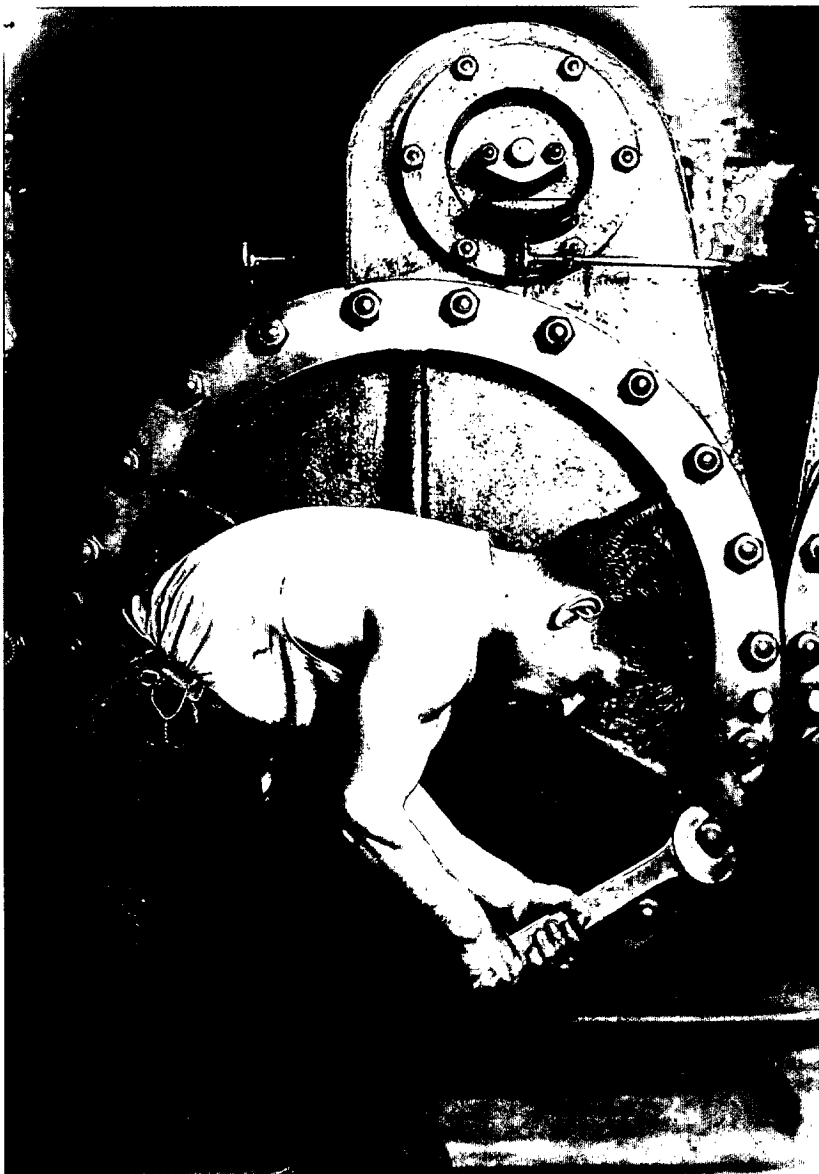
Vor allem auf Rheinland-Pfalz, laut Bundeskanzler Helmut Kohl der „Flugzeugträger der Nato“, kommen enorme Probleme zu. Allein 67 000 der rund 245 000 US-Soldaten auf westdeutschem Boden sind im „Land der Reben, Rüben und Raketen“ (der Mainzer Grünen-Abgeordnete Gernot Rotter) stationiert. Als einziges Bundesland hat Rheinland-Pfalz keinen zivilen Fracht- oder Passagierflughafen, dafür aber acht militärische Fliegerhorste.

Nach dem Öffentlichen Dienst und dem Ludwigshafener Chemiekonzern BASF sind die Amerikaner drittgrößter Arbeitgeber im Lande. Bei ihnen arbei-



„Sechs Richtige im Lotto“

PSI automatisiert die Fertigung.

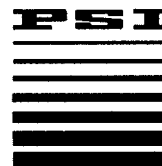


Die Abbildung zeigt eine Photographie von Lewis W. Hine: „Power House Mechanic“, 1920. Intern. Museum of Photography, George Eastman House.

PSI liefert für die erfolgreiche Durchführung von Automatisierungsvorhaben ganzheitliche Konzepte, die komplette Software sowie eine umfassende Betreuung während und nach Abschluß des Projektes. PSI deckt dabei alle Bereiche von der echten Steuerung über die Leitebene bis hin zur Produktionsplanung ab. Gemeinsam mit PSI können Sie neue Produkte entwickeln, neue Märkte erschließen und CIM-Aspekte realisieren.

Mit 450 Mitarbeitern ist PSI eines der führenden Unternehmen im Bereich der Automatisierung von technischen und organisatorischen Prozessen.

PSI Gesellschaft für Prozeßsteuerungs- und Informationssysteme mbH: Berlin, Aschaffenburg, Velbert und Alphen/NL, Baden/A. Wenn Sie mehr über uns wissen möchten, dann schreiben Sie bitte an: PSI, Kurfürstendamm 67, 1000 Berlin 15.



Für die Zukunft PSI. Auf der CeBIT '90: Halle 3, Stand C 58.

ten 22 000 deutsche Zivilbeschäftigte, bundesweit sind es rund 70 000.

Wie stark einzelne Regionen wie Eifel, Westpfalz und Hunsrück von der US-Armee abhängen, weiß Theophil Weick von der Regionalen Planungsgemeinschaft Westpfalz: „Wenn die Truppen komplett abziehen würden, hätten wir hier eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent.“

So leben in Kaiserslautern (US-Jargon: „K-Town“), Zweibrücken und Pirmasens etwa 72 000 Soldaten und Zivilamerikaner – eine der größten Militärgemeinden außerhalb der USA. Jeder fünfte der weit über 200 000 zivilen Arbeitsplätze in der Region ist direkt oder indirekt von den alliierten Streitkräften abhängig.

Allein der Stadt Zweibrücken bringt die militärische Präsenz jährlich rund 140

ker Banker Claus-Peter Liebig-Schaab: „Wenn morgen die Amis gehen, fällt mancher Bauherr aufs Kreuz.“

Was vor allem auf die kleineren Gemeinden zukommt, die auf Gedeih und Verderb der militärischen Monopräsenz ausgeliefert sind, dafür ist der Standort Baumholder ein drastisches Beispiel.

Der Ort beherbergt 23 000 US-Soldaten und deren Angehörige, immerhin 13,5 Prozent aller in Rheinland-Pfalz lebenden Amerikaner. „Hier wurde als gottgegeben angesehen“, klagt Bürgermeister Pees, „daß wir durch das Militär versorgt sind.“

Auch der SPD-Vorsitzende im Kreis Bitburg-Prüm, Kurt Weiser, stellt inzwischen selbstkritisch fest, „daß wir uns in



Deutsch-amerikanisches Freundschaftstreffen (in Hof): Einbußen befürchtet

Millionen Mark. Jetzt befürchten zahlreiche Branchen Einbußen. Ohne die Soldaten, rechnet etwa die Kellnerin des City-Pub, Silvia Müller, „fehlen uns im Monat ein paar tausend Mark in der Kasse“. In Siegen, wo noch die Belgier stationiert sind, würde allein der Umsatz der örtlichen Karstadt-Filiale um eine Million Mark sinken. Die belgischen Truppen, lobt Geschäftsführer Udo Timmers, seien für die Kasse geradezu „ein Geschenk Gottes“.

Auch die Banken stellen sich auf schlechtere Geschäfte ein. Mit Millionenkrediten haben sie Wohnungsbauer finanziert, die auf die amerikanischen Mieter angewiesen sind. Wacklig sind nun besonders Abschreibungsmodelle. In Zweibrücken waren derartige Projekte besonders lukrativ, weil die US-Militärs statt der ortsüblichen Miete von sechs bis sieben Mark pro Quadratmeter oft das Doppelte zahlen. Der Zweibrück-

den vergangenen Jahrzehnten viel zu sehr auf die Amerikaner verlassen haben“. Er bemängelt nun, daß die Wirtschaft in der Region nicht beizeiten „auf andere Füße“ gestellt wurde. Weiser: „Die Flugplätze haben alles blockiert.“

Den Politikern war es jahrzehntlang recht. So verkündete Kohl in seiner Amtszeit als Mainzer Ministerpräsident von 1969 bis 1976, „unter allen Umständen“ müsse die US-Präsenz in Rheinland-Pfalz aufrechterhalten werden.

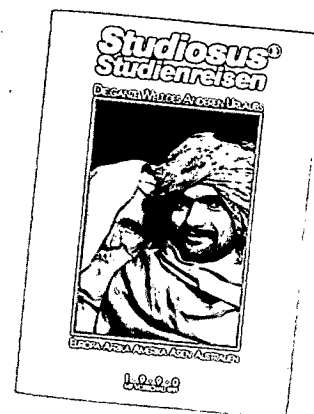
Zwar forderte Kohl gelegentlich, die Politik solle sich auch „vorsorglich darauf einstellen, Ersatzarbeitsplätze für die deutschen Bediensteten bei den amerikanischen Streitkräften zur Verfügung zu haben“. Doch ein „konkurrierendes Arbeitsplatzangebot“ wollte der damalige Ministerpräsident nicht schaffen: Arbeitskräfte bei den Militärs, „wo wir sie aus allgemeinen politischen

STUDIOSUS. DER ANDERE URLAUB.

„AM GRAB
DER GÖTTIN
ENTLOCKTE ER
DER TIEFE
EINE
BRÜLLENDE
KUH.“

Das Ungewöhnliche erleben. Der Studiosus Reiseleiter macht Vergangenes lebendig, vermählt Geschichte und Gegenwart, provoziert Spannung und Entspannung. Jede Studienreise ein unvergeßliches Erlebnis.

Beratung und Buchung in vielen guten Reisebüros. Den Katalog erhalten Sie auch über Studiosus Reisen München, Postfach 202204, D-8000 München 2.



Studiosus®
Studienreisen

„Die USA müssen räumen“

Interview mit dem Mainzer Ministerpräsidenten Carl-Ludwig Wagner

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, ganze Regionen in Rheinland-Pfalz sind von den alliierten Streitkräften wirtschaftlich abhängig, wegen der geplanten Truppenreduzierungen fürchten jetzt Zehntausende um ihre Arbeitsplätze. Abrüstung ist für Sie wohl keine frohe Botschaft?

WAGNER: Doch, selbstverständlich. Nun geht es darum, daß die Amerikaner mit uns beraten, wo und wie schnell und wieviel sie abziehen. Ich will zumindest die Vorgaben mitgestalten können. Es ist doch klar, daß es für uns dort am kritischsten ist, wo die wirtschaftliche Lage die schwächste ist. Ich erwarte, daß die Amerikaner diese Rücksicht nehmen. Außerdem gehe ich davon aus, daß sie Sozialpläne für die Beschäftigten erstellen.

SPIEGEL: Sie werden doch von Ihren amerikanischen Freunden über Abzugspläne als letzter informiert.

WAGNER: Ich werde nicht als letzter informiert, aber auch nicht frühzeitig genug. Das kann nicht so ablaufen, daß ich erst ein paar Tage vorher von einem General angerufen werde.

SPIEGEL: Gelegentlich entsteht der Eindruck, daß es Washington nicht interessiert, welche Folgen der Truppenabzug in vielen Regionen der Bundesrepublik haben kann.

WAGNER: Ich werde dafür sorgen, daß die Amerikaner erfahren, welche Erwartungen hier bestehen. Wir verlangen, daß die Probleme im Geiste guter Bündnispartner geregelt werden. Wir werden jedenfalls nicht einverstanden sein, wenn die Truppen gehen, aber die Gelände besetzt bleiben. Die USA müssen die Flächen komplett räumen, und sie müssen zu unserer Verfügung übergeben werden. An entschlossenem Auftreten von mir wird es nicht fehlen, auch nicht bei den Amerikanern – in aller Freundschaft.

SPIEGEL: Für geräumte militärische Liegenschaften, die von Bonn verwaltet werden, muß das Land dem Bund Millionen zahlen. Wieviel?

WAGNER: Möglichst wenig. Ich habe bereits mit Bundesfinanzminister Theo Waigel gesprochen. Er hat mich darauf hingewiesen, daß er nach dem Haushaltsrecht im Grundsatz verpflichtet sei, Grundstücke des Bundes zum Verkehrswert mit höchstens 15 Prozent Abschlag zu veräußern.

SPIEGEL: Da müßte das Land ja horrenden Summen nur für den Erwerb der Flächen aufbringen. Das wollen Sie akzeptieren?

WAGNER: Ich werde ganz andere Konditionen einfordern. Ich habe wirklich nicht die Absicht, mich hier nach den normalen Regeln des Haushaltsrechtes behandeln zu lassen.

SPIEGEL: Was verlangen Sie?

WAGNER: Am liebsten hätte ich die Grundstücke umsonst, jedenfalls zu den günstigsten Bedingungen, die es bislang gegeben hat. Die Menschen im Land haben genug Belastungen im Interesse des Bundes ertragen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie denn durchsetzen, daß die militärisch genutzten



Ministerpräsident Wagner*: „Der Flugzeugträger muß umgebaut werden“

Flächen für zivile Nutzung freigegeben werden?

WAGNER: Ich bin zuversichtlich, daß der Bund, und dabei setze ich in letzter Verantwortung auf den Bundeskanzler, dies mit uns betreibt. Wir sind ja früher als der Flugzeugträger der Nato bezeichnet worden. Also, dieser Flugzeugträger muß jetzt zu einem Handelsdampfer umgebaut werden.

SPIEGEL: Wollen Sie auch fordern, daß Gelder aus dem Rüstungsetat in strukturschwache Regionen geleitet werden?

WAGNER: Ja. Ich glaube, daß es künftig die verteidigungspolitische und die außenpolitische Lage erlauben, den Verteidigungshaushalt schrittweise zu verkleinern. Von den frei werdenden Geldern müssen die bisher militärisch belasteten Gebiete profitieren.

Gründen brauchen“, dürften nicht abgeworben werden.

Immer wieder, berichtet Pees, habe seine Gemeinde versucht, sich ein „zivilisiertes Standbein zuzulegen“. Doch bisher hätten alle Bonner Regierungen Hilfen abgelehnt – mit stets gleichlautender Begründung: Die Armee sei ein Arbeitsplatzgarant, in der Region liege daher die Beschäftigungslosenquote niedriger als im Bundesdurchschnitt. Deshalb sahen die Bonner keinen Anlaß, die Ansiedlung ziviler Betriebe zu fördern.

Wenigstens die Mainzer Landesregierung hat nun, reichlich spät, eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die Konzepte für den Umbau der Infrastruktur ganzer Regionen entwickeln soll. Der Begriff „Konversion“, Fachwort für die Umwandlung militärischer

in zivile Anlagen, gehört erst seit wenigen Wochen zum aktiven Wortschatz etablierter Landespolitiker.

Als die Grünen 1987, kurz nach ihrem Einzug in den Mainzer Landtag, einen „Ausschuß für regionale Konversion und Technologiefolgenabschätzung“ forderten, wurden sie von FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle abgekanzelt. Der sah keinen Grund, bei „derartigen Spielchen“ mitzumachen und lehnte im Einklang mit CDU und SPD den Vorschlag ab.

Inzwischen machte sich der liberale Minister (Spitzname: „Windmaschine“) in den USA kundig. Doch der Koalitionspartner CDU ist mit Brüderles Aktivitäten unzufrieden. Ein Vertrauter des christdemokratischen Innenministers Rudi Geil kritisierte: „Der Wirtschafts-

* Bei einem Truppenbesuch in der Eifel.



Mannheimer Bürgermeister Quast
„Pfafl im Fleisch der Stadt“

minister ist nicht mal in der Lage, aktuelle Strukturdaten vorzulegen.“

So sieht es auch Raumplaner Weick: „Niemand ist auf die Abrüstung richtig vorbereitet.“ Die christliberale Landesregierung und die Opposition aus Sozis und Grünen sind sich lediglich einig, der Truppenabzug dürfe für Rheinland-Pfalz „nicht mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden sein“.

Unisono verlangen sie Hilfsprogramme, die sich aus Bundes- und EG-Mitteln speisen sollen. Ministerpräsident Carl-Ludwig Wagner erwartet, daß der Bund die Grundstücke seinem Land möglichst „umsonst“ überläßt (siehe Interview Seite 56). Und SPD-Landeschef Rudolf Scharping fordert: „Wir brauchen langfristig mindestens eine halbe Milliarde Mark jährlich.“

Das Geld, so eine erste Idee von Landesregierung und SPD, solle unter anderem dazu genutzt werden, einen der Fliegerhorste in einen zivilen Airport umzubauen. Doch die Frankfurter Flughafengesellschaft (FAG), die von den Mainzern als Betreiber favorisiert wird, winkt ab. FAG-Vorstandschef Horstmar Stauber: „Das kommt für uns nicht in Frage.“ Größeres Interesse haben die Flugplatz-Manager an einem anderen militärischen Objekt: der U. S. Air Base im hessischen Wiesbaden-Erbenheim, die näher am Drehkreuz Rhein-Main liegt.

Ohnehin ist bisher unklar, ob und welche Militärflughäfen zivil genutzt werden könnten. Ullrich Galle, Landesvorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, befürchtet, daß die Militärs sich nach einem Abzug „die Option offenhalten, jederzeit auf die Standorte zurückzukehren“.

Die ÖTV fordert daher nicht nur Hilfsprogramme, sondern auch die Einführung einer Nutzungsgebühr. Sie soll fällig

Garten

Die ganze Welt des Gartens!

Das Standardwerk informiert ausführlich über den naturgemäßen Anbau von Obst, Gemüse und Blumen. Nutzen Sie die aktuellen und anschaulichen Anleitungen zu Aussaat, Pflanzung, Pflege und Ernte. Die zahlreichen Ratschläge zum Kompostieren, Düngen, Mulchen und zur Mischkultur sowie zur Anlage eines Naturgartens sind leicht verständlich und praxisorientiert.

Marie-Luise Kreuter
Der Bio-Garten

319 Seiten, 334 Farbfotos,
143 farbige Zeichnungen
DM 48,-
ISBN 3-405-13505-2



Über 100 Garten- und Blumenbücher
Erhältlich, überall wo es Bücher gibt!
Das ganze Spektrum des Gartens finden Sie in unserem Prospekt »Garten und Zimmerpflanzen«, den wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.



Michael Lohmann
Blütenzauber am Haus
Balkon, Terrasse, Dachgarten
111 Seiten, 139 Farbfotos
DM 19,80
ISBN 3-405-13714-4

Michael Lohmann
Der bunte Blumengarten
Stauden, Sommerblumen, Ziergehölze
111 Seiten, 125 Farbfotos,
13 Zeichnungen
DM 19,80
ISBN 3-405-13712-8

Michael Lohmann
Der kleine Küchengarten
Gemüse, Kräuter, Beerenobst
111 Seiten, 118 Farbfotos,
5 Zeichnungen
DM 19,80
ISBN 3-405-13711-X

Michael Lohmann
Der natürliche Garten
Anlage, Bepflanzungen, Lebensgemeinschaften
111 Seiten, 109 Farbfotos,
3 Zeichnungen
DM 19,80
ISBN 3-405-13713-6

BLV Gartenberater
Christiane Widmayr
Alte Bauerngärten neu entdeckt
Geschichte, Anlage, Pflanzen, Pflege
175 Seiten, 85 Farbfotos,
31 s/w-Fotos, 9 farbige und
17 s/w-Zeichnungen
DM 29,80
ISBN 3-405-12925-7

Geoff Hamilton
Der kerngesunde Garten
Das große Buch für Biogärtner
288 Seiten, 609 Farbfotos,
33 s/w-Fotos, 220 farbige und
143 s/w-Zeichnungen
DM 59,80
ISBN 3-405-13490-0

BLV Gartenberater
Marie-Luise Kreuter
Kräuter und Gewürze aus dem eigenen Garten
Naturgemäßer Anbau, Ernte, Verwendung
223 Seiten, 172 Farbfotos,
11 s/w-Fotos,
7 Zeichnungen
DM 29,80
ISBN 3-405-13070-0

Marie-Luise Kreuter
So entsteht ein Bio-Garten
Für alle, die anfangen und es richtig machen wollen
159 Seiten, 199 Farbfotos,
8 Zeichnungen
DM 26,80
ISBN 3-405-13502-8

Michael Lohmann
Der Naturgartenbuch
Grundlagen und praktische Anleitungen
Neuauflage, 176 Seiten,
99 Farbfotos, 16 s/w-Fotos,
39 Zeichnungen
DM 29,80
ISBN 3-405-12832-3

Martin Stangl
Mein Hobby der Garten
263 Seiten, 296 Farbfotos,
36 Zeichnungen mit
88 Einzeldarstellungen
DM 16,80
ISBN 3-405-12891-9

Rob Herwig
Das praktische Handbuch der Zimmerpflanzen
384 Seiten, 1180 Farbfotos,
64 Zeichnungen, 2 Karten
DM 64,-
ISBN 3-405-13350-5



Petra Michaeli-Achtmühle
BLV Garten-Lexikon
Sonderausgabe,
351 Seiten, 64 Farbfotos,
350 Zeichnungen
DM 19,80
ISBN 3-405-14012-9



Handbuch Garten
Das große Nachschlagewerk für alle Fragen der Gartenpraxis
487 Seiten, 849 Farbfotos,
96 Zeichnungen
DM 98,-
ISBN 3-405-13324-6



Wolfram Franke
Faszination Gartenteich
183 Seiten, 189 Farbfotos,
8 farbige und
16 s/w-Zeichnungen
DM 49,80
ISBN 3-405-13529-X

Der Verlag für
praktisches Wissen



BLV Verlagsgesellschaft mbH · 8000 München 40

*Wenn man
über seine
Gesundheit
nachdenkt...*

Mynta. 

Zahnpflege aus NaturRohstoffen

Heute wissen wir mehr.
Über uns. Über unsere
Gesundheit. Über die Kraft
der Natur. Heute können wir
uns entscheiden.

Heute gibt es Mynta.
Die gesunderhaltende Wirkung
von vielen Kräutern ist seit
Jahrhunderten bekannt.
Naturkreide von hoher
Reinheit und Netzmittel aus
Palmöl dienen der sorgfältigen
Entfernung des bakteriellen
Zahnbelags, der Hauptursache
von Zahn- und Zahnfleisch-
erkrankungen.

Alles, was eine zeitgemäße
Zahncreme leisten soll, kann
also mit Natur-Rohstoffen
erreicht werden – auch die
angenehme Erfrischung des
Mundraumes durch die
ätherischen Mynta-Öle.

Mynta enthält:

Natur-Kreide als Putzkörper,
Glycerin zur Feuchthaltung,
Netzmittel aus Palmöl,
pflanzliches Xanthan-
Bindemittel und Wasser.
Pfefferminzöl, Krauseminzöl,
Eukalyptusöl und Menthol.
Kampfer, Nelkenöl,
natürliches Anethol und
Anisöl. Chlorophyllin und
Zitronensäure. Extrakte aus
Kamille, Myrrhe,
Bibernelnwurzel und Salbei.

Ohne Konservierungsstoffe!

Elido Gibbs GmbH, Hamburg



**Die grüne Mynta.
Wirksam und Gesund**

MYN 90/2

DEUTSCHLAND

werden, wenn Militärgelände zwar geräumt, nicht aber für eine zivile Verwendung freigegeben wird.

Auch Olaf Achilles, Mitarbeiter der alternativen Bonner Arbeits- und Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung“, sieht in der Freigabe „den Knackpunkt der regionalen Konversion“. Der Raumplaner rät den Kommunen deshalb, sie müßten „erst einmal dafür sorgen, daß ihre Planungshoheit nicht weiter den Bach runtergeht“.

Jahrzehntlang seien die Gemeinden bei der Ansiedlung von Militär „rücksichtslos übergangen“ worden. Achilles empfiehlt den Kommunalpolitikern eine Analyse aller ökonomischen und ökologischen Belastungen, die den Gemeinden bisher durch die Militärs entstanden seien. Nur so könne in Bonn der „nötige Handlungsdruck“ erzeugt werden.

Weitergehende Vorstellungen, wie die neuen „Pfründen des Friedens“ (der Frankfurter Stadtplaner Peter Lieser) genutzt werden könnten, präsentierten die Grünen. Alle militärisch genutzten Flächen sollten in einen „ökologischen Land- und Bodennutzungsfonds“ eingehen. Träger dieses Fonds sollen die Landesregierung, die Kommunen und die Umweltschutzverbände sein.

In der Bundesrepublik werden rund 600 000 Hektar von der Bundeswehr und den Alliierten genutzt, eine Fläche von der doppelten Größe des Saarlandes. Im Raum Mannheim beispielsweise beanspruchen die US-Streitkräfte knapp zehn Prozent der bebauten Fläche. „Wenn die Amerikaner ihre Areale aufgeben“, rech-

net Bürgermeister Quast, „bekommen wir eine Dynamik in die Stadtplanung wie in der Nachkriegszeit.“

Freigeräumte Militärgrundstücke werden zunächst vom Bonner Finanzministerium verwaltet. Falls der Bund solche Flächen zügig für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen herausgibt, sieht der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth keinen Grund, „den Abzug der alliierten Truppen als strukturelle politische Katastrophe zu beweinen“. Schließlich, freut sich Späth, „haben wir ja in der Abrüstungspolitik alles darangesetzt, um die militärische Präsenz auf beiden Seiten zu verringern“.

Wie die Konversion von militärischen Anlagen ökonomisch und ökologisch sinnvoll gestaltet werden kann, wird in den USA vorexerziert. Seit 1945 wurden dort Hunderte von Stützpunkten umgewandelt. Der „Act of Economic Adjustment“, ein Gesetz zur wirtschaftlichen Anpassung, verpflichtete die Militärs, Komitees aus Vertretern der örtlichen Behörden, der Industrie und Geschäftsleuten zu bilden, die über die neue Verwendung der Stützpunkte beraten.

Vom eventuellen Abriß bis hin zur Kapitalbeschaffung für neue Projekte muß dabei alles auf den Tisch. Der Mainzer Grünen-Politiker Rotter: „Diesen Maßstab müssen die Amerikaner auch in der Bundesrepublik erfüllen.“

Das Argument leuchtete auch den Abgeordneten von CDU, SPD und FDP ein. Der Innenausschuß des Mainzer Landtages hat sich deshalb erst einmal eine Dienstreise genehmigt – zu den Konversionskomitees in den USA.



Amerikanische Soldatensiedlung*: „Pfründen des Friedens“